

## **„Wir profitieren von der Schweizer Krise nicht“**

Interview S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit  
Frau Doris Kleck, Schaffhauser Nachrichten

2. März 2010

---

*Durchlaucht, was glauben Sie: Wie viel einfacher ist es eine Monarchie zu führen als eine direkte Demokratie wie die Schweiz?*

Liechtenstein hat zwar einen Monarchen als Staatsoberhaupt, seine Bürger haben aber mindestens so viele direktdemokratische Rechte wie die Schweizer. Sie müssen nur 1000 bzw. 1500 gültige Unterschriften sammeln, um eine Gesetzes- bzw. Verfassungsinitiative zu lancieren oder eine Volksabstimmung über einen Gesetzes- bzw. Verfassungsvorschlag oder über einen Staatsvertrag auszulösen. Zusätzlich genügen 1500 Unterschriften, um in einer Volksabstimmung über ein Misstrauensvotum gegen den Fürsten, die Abschaffung der Monarchie oder den Austritt einer Gemeinde aus dem Staatsverband zu entscheiden. D.h. unsere Politiker sind genauso wie in der Schweiz gezwungen, der Bevölkerung ihre Politik gut zu erklären, damit sie diese auch trägt. Die Kleinheit des Landes bringt aber den Vorteil, dass dies schneller erfolgen kann.

*Können Sie uns Schweizer kurz erklären, weshalb Monarchie und Demokratie keine Gegensätze sein müssen?*

Solange die Monarchie demokratisch legitimiert ist wie in Liechtenstein, muss kein Gegensatz zwischen Monarchie und Demokratie bestehen. Bei uns kann die Bevölkerung durch eine Volksabstimmung die Monarchie abschaffen, d.h. sie besteht nur solange es die Mehrheit der Bevölkerung wünscht. Ausserdem werden die Rechte und Pflichten des Fürsten in der Verfassung genau festgelegt, d.h. die Position des Fürsten als Staatsoberhaupt ist genauso rechtsstaatlich in der Verfassung und in weiteren Gesetzen verankert, wie jene anderer Staatsoberhäupter in anderen Staaten.

*"Small is beautiful", schreibt Ihr Vater Fürst Hans-Adam II. in einem Buch in Bezug auf Staaten. Betrachtet man die Diskussion um das Bankgeheimnis kann man diesen Gedanken kaum teilen. Macht vor Recht wird der Diskussion wohl eher gerecht.*

Als Kleinstaat hat man viele Vorteile wie kurze Wege, überschaubare Verhältnisse und schnellere Reaktionsmöglichkeiten. Man hat aber auch den Nachteil der fehlenden wirtschaftlichen und militärischen Macht, um seine Interessen gegenüber grösseren Staaten durchzusetzen. Daher sind international verbindliche Regeln und deren konsequente Durchsetzung gerade für Kleinstaaten von grosser Bedeutung, auch wenn dies ein mühsamer Prozess ist und das Völkerrecht weiterhin oft noch zu Recht als das „Recht des Stärkeren“ bezeichnet wird. In Liechtenstein sehen wir es als wichtige Aufgabe, uns durch eine aktive Zusammenarbeit mit anderen kleineren Staaten, vor allen in internationalen Organisationen wie der UNO und der WTO, für eine Verbesserung dieser Situation einzusetzen.

*Die Deutsche Regierung kaufte einst eine CD mit Kundendaten der liechtensteinischen Bank LGT, heute sind es Daten von Schweizer Banken. Wie weit darf ein Staat bei der Eintreibung von Steuern gehen?*

Ich halte den Ankauf gestohlener Daten nicht für den richtigen Weg, um die Steuerhinterziehung zu

bekämpfen. Meiner Ansicht nach betreibt man damit eine gefährliche Symptombekämpfung, die den Rechtsstaat untergräbt.

*Und wie steht es mit der Steuergerechtigkeit? Früher galt die hohe Besteuerung in gewissen Ländern als Rechtfertigung für die Steuerhinterziehung. Heute scheint diese Argumentation nicht mehr opportun.*

Die Steuerhinterziehung ist vor allem in jenen Staaten ein grosses Problem, die komplizierte und ungerechte Steuersysteme haben. In diesen Staaten zahlen die ganz Grossen mit den guten Steuerberatern vielfach kaum Steuern und die Kleinen arbeiten schwarz und umgehen die Steuern auf diese Weise. Der Mittelstand ist dann häufig der Meinung, er sei der einzig Dumme und müsse selbst für Gerechtigkeit sorgen, indem er die Steuern hinterzieht. Man kann dieses Problem nur nachhaltig beseitigen, indem man einfache und gerechte Steuersysteme einführt und seinen Steuerzahler gut behandelt.

*Liechtenstein ist wegen dem Finanzplatz unter Druck wie die Schweiz, allerdings scheint das Fürstentum schneller eine Strategie gefunden zu haben, als die Schweizer Regierung. Weshalb? Wegen der Staatsform oder mehr Weitsicht?*

Wir hatten in Liechtenstein schon seit einigen Jahren bemerkt, dass sich ein Paradigmenwechsel beim Informationsaustausch in Steuerfragen anbahnt. Ein erster Versuch Anfang des letzten Jahrzehntes, eine neue Strategie zu formulieren, ist leider aufgrund eines ungenügenden Projektmanagements und zu grosser Widerstände fehlgeschlagen. In den Jahren 2006 und 2007 wurden dann in einem zweiten Strategieprojekt namens „Futuro“ die Grundsteine der heutigen Strategie erarbeitet. Leider wurde sie anfangs 2008 ausgerechnet am selben Tag der Öffentlichkeit vorgestellt, als die Datenklauaffäre in Deutschland losging, sodass die Neupositionierung medial unterging. Es konnte dann aber auf den Arbeiten aufgebaut und wichtige Elemente der Strategie erfolgreich verfeinert und umgesetzt werden. In dieser kritischen Phase war es für Politik und Wirtschaft sicherlich hilfreich, einen Monarchen als Staatsoberhaupt zu haben, der sich nicht einer Wiederwahl stellen musste und für Kontinuität sorgen konnte – zumal wir ja auch noch Wahlen und einen Regierungswechsel hatten.

*Können Sie kurz die Strategie des Finanzplatz Liechtensteins umschreiben?*

Unsere Strategie geht in zwei Richtungen. Einerseits setzen wir mit bilateralen Abkommen den Informationsaustausch auf Anfrage nach den internationalen OECD-Standards um. Damit löst sich aber nicht das Problem von in der Vergangenheit unversteuerten Vermögen und das der zukünftigen Besteuerung von Vermögen. Um dies nachhaltig zu lösen, bieten wir interessierten Staaten einen zusätzlichen Weg mit partnerschaftlichem Ansatz an. Ziel ist es, die Interessen des Herkunftslandes, unseres Finanzplatzes, der Kunden und ihrer Berater zu berücksichtigen. Die Anreize für bestehende Kunden sollen so gesetzt werden, dass diese einen Vorteil darin sehen, die im Abkommen festgelegten Möglichkeiten einer Selbstdeklaration zu nutzen. Kunden müssen ihren Beratern dabei belegen, dass sie ihre Gelder versteuern, etwa über Belege der Steuerbehörde oder eines zugelassenen Steuerberaters.

*Kurz und gut: Liechtenstein setzt auf Weissgeld, die Zeit des Schwarzgeldes ist vorbei?*

Meiner Ansicht nach sind nur jene Standorte nachhaltig zukunftsfähig, die deklarierte Gelder verwalten.

*Ist es tatsächlich die Rolle der Banken, sicherzustellen, dass nur versteuertes Geld auf Ihren Kon-*

*ten liegt? Das ist doch eine Sache zwischen Steueramt und Steuerzahler.*

Natürlich ist es die Verantwortung des Steuerzahlers, seine Steuern zu zahlen. Meiner Ansicht nach sollen die Banken ihn dabei auch nicht beraten, dafür gibt es Steuerberater. Es ist aber mittlerweile schon aus Reputationsgründen für die Banken nötig geworden, sicherzustellen, dass sie nicht für Steuerhinterziehung missbraucht werden.

*Wie vollzog sich der Strategiewechsel in Liechtenstein? Mit welchen Schwierigkeiten hatten Sie zu kämpfen?*

Jeder grundsätzliche Strategiewechsel ist schwierig. Es war nötig, genügend Entscheidungsträger von der Notwendigkeit des Strategiewechsels zu überzeugen und diesen dann auch konsequent durchzuziehen – auch wenn man anfangs heftige Kritik von jenen erntet, die sich nicht gleich überzeugen lassen.

*Können Sie beziffern, wie viel Geld im Laufe dieses Transformationsprozesses abgeflossen ist?*

Nein.

*Heute ist Liechtenstein ein Schritt weiter als die Schweiz. Profitiert Liechtenstein von der Schweizer Krise? Stichworte UBS oder gestohlene CD mit Bankkundendaten.*

Nein, unsere beiden Finanzplätze sind zu eng verflochten und unsere Strategie ist noch zu neu, als dass wir von der Schweizer Krise profitieren würden. Ich hoffe, dass es sowohl der Schweiz wie auch Liechtenstein gelingt, sich möglichst schnell erfolgreich neu zu positionieren. So würden wir gegenseitig auch am meisten davon profitieren.

*Inwiefern konkurrenzieren sich die beiden Finanzplätze, wo ergänzen sie sich?*

Im Bereich des Private Bankings und der Vermögensverwaltung gibt es sicherlich auch eine gewisse Konkurrenz. Allerdings sind die Ergänzungen grösser, so liegt zum Beispiel mehr Geld von Liechtensteinischen Stiftungen und Trusts bei Schweizer Banken als in Liechtenstein selbst.

*Die Schweiz will dem internationalen Druck mit einer Abgeltungssteuer begegnen. Was halten Sie von dieser Strategie?*

Die Abgeltungssteuer ist meiner Ansicht nach ein möglicherweise attraktives Element einer erfolgreichen Strategie. Wenn sie aber das einzige Element der Strategie ist, dann bin ich skeptisch. Wir haben Grossbritannien und den USA eine Abgeltungssteuer vorgeschlagen und bei beiden Staaten dafür kein Interesse feststellen können. Aber mit anderen Staaten, die selber eine Abgeltungssteuer kennen, könnte das ein wichtiges Element einer umfassenderen Lösung sein.

*Zentral für die Schweiz ist, wie wohl auch für Liechtenstein, die Abwehr des Automatischen Informationsaustausches. Wo liegen für Sie die Defizite des Informationsaustausches? Ist das mehr als ein Datenfriedhof?*

Der automatische Informationsaustausch hat aus meiner Sicht erhebliche Defizite, sowohl für Staaten wie die Schweiz und Liechtenstein und deren Kunden, vor allem aber auch für die europäischen Hochsteuerländer selbst. Er verursacht einen enormen bürokratischen Aufwand, der Kunde wird zum gläsernen Bürger und die Steuerhinterzieher werden aus Europa in andere Staaten vertrieben, die beim automatischen Informationsaustausch nicht mitmachen werden.

*Stellt sich die EU letztlich nicht selbst ein Bein, weil immer mehr Gelder nach Asien abfließen?*

Ja. Wenn die EU nicht vom automatischen Informationsaustausch auf partnerschaftliche Lösungen des Problems der Steuerhinterziehung umschwenkt, wie wir sie vorschlagen und auch mit Grossbritannien gefunden haben, dann wird viel Geld aus Europa abfließen. Nicht nur entgehen den EU-Staaten so die erhofften zusätzlichen Steuergelder, ich fürchte auch, je weiter weg von Europa diese Gelder gehen, desto weniger werden sie dann auch wieder in Europa reinvestiert.